

Abkommen – Biden legt EU Entwurf für Einigung vor

USA will Vertrag für Datenschutz

WASHINGTON. Die US-Regierung legt die Grundlage für einen dringend benötigten neuen Rechtsrahmen zur Übermittlung der Daten von Europäern in die USA. Der Erlass von Präsident Joe Biden vom Freitag sieht unter anderem striktere Vorgaben für den Zugang von Geheimdiensten zu den Informationen vor. Ein zentrales Element ist auch ein zweistufiger Mechanismus für EU-Bürger, sich über einen aus ihrer Sicht widerrechtlichen Zugriff zu beschweren.

US-Handelsministerin Gina Raimondo sagte, die Maßnahmen räumten die Gründe für die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs aus, den bisherigen Rechtsrahmen »Privacy Shield« zu kippen. Der EuGH kam im Juli 2020 zu dem Schluss, dass das Datenschutzniveau in den USA nicht den Standards der EU entspreche. Die Richter bemängelten vor allem die weitreichenden Zugriffsmöglichkeiten von US-Geheimdiensten auf Daten von Europäern.

Sie werde EU-Justizkommissar Didier Reynders mehrere Schreiben der zuständigen US-Behörden übermitteln, in denen die neuen Maßnahmen ausführlich beschrieben seien, sagte Raimondo. Ranghohe Beamte des Weißen Hauses zeigten sich überzeugt, dass die Schritte für eine dauerhafte Lösung ausreichen. Auch bei der EU-Kommission hofft man, nun Rechtssicherheit schaffen zu können.

Auf Basis von Bidens Erlass kann auf EU-Ebene das Verfahren für einen sogenannten Angemessenheitsbeschluss beginnen, der gleichwertige Datenschutzstandards zwischen der EU und den USA bescheinigen würde. (dpa)

Arbeitslosigkeit in den USA geht zurück

WASHINGTON. Die Arbeitslosigkeit in den USA hat sich im September wieder verringert. Die Arbeitslosenquote fiel von 3,7 auf 3,5 Prozent, wie das US-Arbeitsministerium in Washington mitteilte. Damit rangiert die Quote wieder auf dem Niveau vom Juli. Analysten hatten für September eine stabile Quote erwartet. Nach Angaben des Ministeriums sind derzeit 5,8 Millionen US-Amerikaner ohne Beschäftigung. Die US-Wirtschaft hat im September mehr Arbeitsplätze geschaffen als erwartet. Außerhalb der Landwirtschaft seien 263 000 Stellen hinzugekommen, teilte das Arbeitsministerium weiter mit. Zudem wurde der Beschäftigungsaufbau in den beiden Vormonaten um insgesamt 11 000 Stellen nach oben revidiert. In der Corona-Krise war der Arbeitsmarkt zeitweise eingebrochen. Mittlerweile hat er sich deutlich erholt und die Unternehmen klagen über Arbeitskräftemangel. (dpa)

Tierwohlförderung: Koalition einigt sich

BERLIN. Bei der angestrebten finanziellen Unterstützung von Landwirten beim Umbau der Tierhaltung hin zu höheren Standards hat sich die Ampelkoalition auf Details der Anschubfinanzierung verständigt. Die ab 2023 dafür vorgesehene eine Milliarde Euro könne nicht nur für Investitionen in den Umbau der Ställe verwendet werden. Sie könne auch genutzt werden, um Betriebe bei laufenden Mehrausgaben zu unterstützen, wenn weniger Tiere besser gehalten würden. Um eine gesicherte Finanzierung für Landwirte beim Umbau der Tierhaltung wird seit langem gerungen. Der größere Streitpunkt zwischen SPD, Grünen und FDP ist eine grundlegende Finanzierung der Milliardenkosten. Eine Expertenkommission hatte bereits 2020 ein Konzept vorgelegt. Es sieht auch eine gesicherte Finanzierung für Landwirte vor, die nicht auf den Kosten des Stallumbaus sitzenbleiben sollen. Im Gespräch sind ein höherer Mehrwertsteuersatz oder eine Abgabe auf tierische Produkte. Preisanschläge für Verbraucher waren angesichts der Inflation zuletzt allerdings umstritten. (dpa)

Expertin dämpft Erwartung

BERLIN. Die Vorsitzende der Gaspreiskommission, die »Wirtschaftsweise« Veronika Grimm, hat vor zu großen Erwartungen an die geplante Gaspreisbremse gewarnt. »Wir werden dauerhaft unsere Abhängigkeit von Russland beenden«, sagte die Professorin der Universität Erlangen-Nürnberg. »Der Gaspreis wird

also aufgrund der höheren Flüssiggas-Beschaffungspreise trotz einer Gaspreisbremse deutlich höher bleiben als vor dem russischen Überfall auf die Ukraine.« Die Kommission könne nicht so tun, als sei nichts gewesen. Olaf Scholz rechnet damit, dass die Kommission am Montag einen Vorschlag vorlegt. (dpa)

Neue Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung

BERLIN. Die Bundesregierung will ihren Instrumentenkasten im Umgang etwa mit russischen Oligarchen erweitern. Zwar seien EU-Sanktionen in Deutschland unmittelbar wirksam, heißt es in einem Gesetzentwurf, den Finanz- und Wirtschaftsministerium am Freitag an die übrigen Ressorts der Bundesregierung

übermittelten. Aber: »Die bestehenden rechtlichen Regelungen sind bislang nicht speziell auf die Sanktionsdurchsetzung ausgerichtet und reichen daher nicht dafür aus, dass die Behörden auf Bundes- und Länderebene dieses Ziel vollumfänglich und effektiv erreichen können.« Der Bundestag muss dem Vorhaben

zustimmen. So soll eine neu zu schaffende Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung (ZfS) in der Zuständigkeit des Bundesfinanzministeriums die Arbeit der in Deutschland zuständigen Behörden koordinieren – dies soll auch Synergieeffekte für die Bekämpfung der Geldwäsche ermöglichen. (dpa)

Benzin – Warum stieg der Spritpreis um 35 Prozent, während der Rohstoff Rohöl nur neun Prozent teurer wurde?

»Zapfsäulen wie Stinkefinger«

VON BERNHARD JUNGINGER

BERLIN. Schlechte Nachrichten für Autofahrer und Menschen, die mit Öl heizen: Mitten in der Energiekrise drosseln die Öl produzierenden Länder ihre Fördermengen deutlich. Das dürfte die Preise für den Treibstoff weiter steigen lassen. Dabei ist die Linkspartei im Bundestag überzeugt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher gerade für Diesel schon weit mehr bezahlen, als eigentlich gerechtfertigt wäre. Im bundesweiten Tagesdurchschnitt kostete die beliebte und steuerbegünstigte Treibstoffsorte laut ADAC zuletzt mehr als zwei Euro pro Liter. Doch der Kostensprung lässt sich nur bedingt aus den Rohölpreisen erklären. Die liegen nämlich nur neun Prozent höher als vor einem Jahr, während die Dieselpreise aber seither um satte 36 Prozent angestiegen sind. Rohöl- und Dieselpreise klaffen also weit auseinander. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfaktion hervor, die unserer Redaktion exklusiv vorliegt.

Ölpreis stieg nicht so stark an

Der Preis für ein Barrel (159 Liter) der Rohölsorte Brent betrug demnach im Oktober 2021 exakt 83,54 Dollar. Im Juni 2022 kletterte der Preis auf fast 123 Dollar, fiel aber bis Mitte September wieder auf gut 91 Euro. Ein Liter Diesel kostete im Oktober 1,54 Euro und Mitte September 2,09 Euro – das ist sogar mehr als zum Rohölpreis-Hochstand im Juni, als der Diesel zu 2,04 Euro pro Liter verkauft wurde. Sören Pellmann, Sozialpolitiker der Linksfaktion im Bundestag, sagte unserer Redaktion: »Diesel müsste rund 40 Cent billiger sein, wenn er an den Rohölpreis gekoppelt wäre. Die Linke fordere deshalb »einen Preisdeckel auf Sprit«. Denn es könne nicht sein, dass Rohöl- und Spritpreise auseinanderklaffen.«

Wirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen habe bereits vor dem Sommer versprochen, gegen die Mineralölkonzerne vorzugehen. Doch nichts sei passiert, so Pellman weiter. »Habeck ist



An der Zapfsäule spüren die Autofahrer den Preisanstieg.

FOTO: PREISS/DPA

der Anti-Autofahrer-Minister, der die Pendler im Stich lässt«, klagt er.

Habecks Staatssekretär Patrick Graichen schreibt in der Antwort auf die Linken-Anfrage, dass die Entwicklung der Kraftstoffpreise zwar auch »maßgeblich von der Entwicklung der Rohölpreise beeinflusst« werde, die Kraftstoffmärkte aber eigenständige Märkte seien, »auf denen die Börsenpreisbildung auf Basis von Angebot und Nachfrage weltweit in Bezug auf die jeweiligen Kraftstoffsorten erfolgt«. Den Kraftstoffpreis in den genannten Zeiträumen haben demnach auch Wechselkursschwankungen, die zeitweilige Spritpreisbremse der Bundesregierung und höhere Transportkosten durch die eingeschränkte Schifffahrt auf dem Rhein beeinflusst. Graichen verweist

auf die laufende Untersuchung des Mineralölsektors durch das Bundeskartellamt. Sobald die Ergebnisse vorlägen, werde das Wirtschaftsministerium prüfen, ob die Erklärungen der Branche für die Kraftstoffpreise plausibel seien.

Linke: Ölfirmen bereichern sich

Linken-Politiker Pellmann ist bereits jetzt überzeugt, dass große Ölfirmen die Situation nutzen, um sich auf Kosten der Autofahrer über Gebühr zu bereichern. Er sagt: »Die Zapfsäulen stehen wie ausgestreckte Mittelfinger in der Landschaft. Wir brauchen einen Preisdeckel, der den Spritpreis an den Rohölpreis koppelt und das Spritkartell der Ölkonzerne zerschlägt.«

»In Frankreich seien die Spritpreise etwa 40 Cent niedriger, das müsse der Maßstab sein.«

Am Mittwoch hatte die Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC) beschlossen, die Förderung um bis zu zwei Millionen Barrel pro Tag zurückzuführen. Der Umfang der Drosselung entspricht rund zwei Prozent der weltweiten Ölnachfrage.

Damit hat sich das Kartell in der weltweiten Energie- und Wirtschaftskrise eindeutig auf die Seite Russlands geschlagen. Denn kurz zuvor brachte die Gemeinschaft der größten Industriestaaten (G7) neue Sanktionen gegen Moskau auf den Weg, darunter eine Preisgrenze für russisches Öl. In der Folge begannen die Ölpreise kräftig zu steigen. (GEA)

Klimaschutz – Bei einer mehrtägigen Live-Streaming-Konferenz aus dem Innoport in Reutlingen stellen über 30 Experten aus aller Welt ihre Lösungsansätze vor

Wie man mit Algen Energie gewinnt

REUTLINGEN. Unter dem Motto »Greentech fürs Klima. Nachhaltigkeit für alle« geht die Hybrid-Konferenz Greentech.Live nach der Premiere im März in der nächsten Woche (11. bis 14. Oktober) in die zweite Runde. Aus dem Innovationszentrum Innoport in Reutlingen (ehemaliges Willi-Betz-Areal) wird ein umfangreiches Programm mit über 30 Sprecherinnen und Experten von Initiativen, großen Unternehmen und Start-ups aus aller Welt angeboten, die ihre Ideen für mehr Klimaschutz vorstellen. Dies berichten die Organisatoren Silvia Siegle-Kling und Jochen Kling sowie Innoport-Leiterin Katrin Hemminger dem GEA.

Mit dabei ist demnach der Schweizer Umweltaktivist Louis Palmer, der schon vor 15 Jahren und aktuell erneut mit einem Solarmobil im Dienst des Klimaschutzes die Welt umreist(e). Das Esslinger Unternehmen Festo demonstriert, wie man mit Algen Energie gewinnt. Beleuchtungs-Weltmarktführer Signify (früher: Philips Lighting) zeigt, was intelligente Lichtlösungen zu Digitalisierung und Energieeffizienz beitragen können. Die Carbonauten GmbH aus Giengen an der Brenz hat sich der Dekarbonisierung der Industrie verschrieben und entwickelt innovative CO₂-negative Materialien. Auch Sprecher von Greenpeace, Daimler Truck und Holzbau Baden-Württemberg sind angekündigt.

Inhaltlich liegt der Fokus der Vorträge und Gespräche den Veranstaltern zufolge auf den Themen Kreislaufwirtschaft, umwelt- und ressourcenschonende (grüne) Informationstechnologie, Mobilität und nachhaltiges Leben. Es geht unter anderem auch um 3-D-Druck-Anwendungen, die den Versand von Auto-Ersatzteilen überflüssig machen; um Schokolade ohne Kakao; um Mehlwürmer als ökologischer Tierfutterersatz; um umweltfreundliche Handys; und um grüne Brennstoffzellen als Ersatz für Diesel.

Ziel: Menschen inspirieren

»Die Zuschauer erwarten Live-Schalten ins Silicon Valley, nach Australien, Kanada, Schweden und Israel«, sagt Jochen Siegle. Die Veranstaltung sei kostenlos. Zuschauer könnten Fragen stellen. Die Sprecher der hybriden Veranstaltung sind teils live vor Ort in Reutlingen oder werden online zugeschaltet.

Greentech.Live ist ein Start-up-Projekt der Momenti Media GmbH (Kernen), hinter der die Journalisten und Filmemacher Silvia Siegle-Kling und ihr Mann Jochen Kling stecken. Die Live-Streaming- und Konferenz-Plattform sei eigentlich aus dem Start-up Innovatour GbR entstanden, einer Reutlinger Eventmanagementfirma, die Reisen in Innovationszentren wie Dubai oder San Francisco anbieten will,



Silvia Siegle-Kling und Jochen Kling organisieren Greentech.live. FOTO: GODEHARDT

erzählt Siegle-Kling und fügt hinzu: »Corona zerstörte diese Idee vorübergehend.« So kam Jochen Siegle der Gedanke der Internet-Konferenz. »Wir wollen Know-how zusammenbringen, Veränderungen anstoßen, Menschen verbinden und inspirieren«, sagt er. Der Klimawandel sei die drängendste Herausforderung unserer Zeit.

Innoport-Leiterin Hemminger freut sich über die hochkaratige Veranstaltung aus dem Reutlinger Innovationszentrum und auch darüber, dass auch Player aus der Region wie Jörg Walden, Gründer von I-Point-Systems, eingebunden seien. »Es ist eine gute Hilfe für Selbstständige, die von gestandenen Unternehmern lernen können«, stellt sie fest. (rog)

www.greentech.live

Studie – Versicherer schätzt Kosten für Klimaschutz

270 Billionen für Klima nötig

ZÜRICH. Das Erreichen der Pariser Klimaziele würde nach Berechnungen des Rückversicherers Swiss Re 270 Billionen Dollar kosten. Investitionen dieser Höhe wären in den vier Wirtschaftsbereichen mit den höchsten CO₂-Emissionen nötig: Energie, Verkehr, Gebäude und Industrie. Um das Pariser Abkommen einzuhalten und bis 2050 die CO₂-Nettoemissionen auf null zu reduzieren, müsse »früher und wesentlich mehr in den Klimaschutz investiert werden«. »Die Investitionen in die Dekarbonisierung sind zwischen 2016 und 2021 durchschnittlich um 5 Prozent pro Jahr gestiegen«, sagte Jérôme Haegeli, der Chefvolkswirt des Unternehmens. »Wenn sie mit dem bisherigen Tempo weitersteigen, wird das Zieljahr 2050 für Netto-Null-Emissionen wohl um 20 Jahre verfehlt.«

Den größten Investitionsbedarf sehen die Fachleute mit geschätzten 114 Billionen Dollar im Verkehrsbereich, insbesondere beim Aufbau der Infrastruktur für Elektrofahrzeuge. In den Energiesektor schätzen die Studienautoren die Investitionslücke auf 78 Billionen Dollar. Die Eliminierung der CO₂-Emissionen von Gebäuden würde Investitionen von 65 Billionen erfordern, die Industrie hätte mit 14 Billionen Dollar einen vergleichsweise kleinen Anteil zu tragen. (dpa)